

Anfrage

des Bezirksrats Alexander Spritzendorfer und des Klubs der Grünen Alternative Josefstadt gemäß § 23 GO BV für die Bezirksvertretungssitzung am 26. November 2014

betreffend **Fond für soziale Härtefälle bei Raiffeisen**

Begründung:

Aus ihrem Aufsichtsratsmandat bei der Raiffeisen Landesbank Wien-Niederösterreich steht Ihnen eine jährliche Aufwandsentschädigung in Höhe von € 5.000.- zu, auf die Sie laut eigenen Aussagen „verzichtet“ haben. In der Sitzung der Bezirksvertretung am 24. September 2014 haben Sie erwähnt, dass diese Aufwandsentschädigung in einen Fond bei der Raiffeisenbank überwiesen wird und dass Sie Zugriff auf diesen Fond haben, um daraus Spenden oder Ankäufe für soziale Härtefälle (Sie erwähnten das Beispiel jener Familie, die aufgrund des umgestürzten Krans in der Blindengasse ihre Wohnung verlassen musste) zu finanzieren.

Die gefertigten Bezirksrätinnen stellen daher folgende

Anfrage:

1. Entspricht die Darstellung im Begründungstext der Wahrheit oder wie funktioniert der Geldfluss?
 2. Auch wenn die Zuwendung für die Josefstdäter Familie von den AnfragestellerInnen vollinhaltlich unterstützt wird, stellt sich doch die Frage, ob damit nicht genau die bereits geäußerten Befürchtungen der AnfragestellerInnen bestätigt werden, dass die beiden Aufgaben vermischt werden. Als Bezirksvorsteherin der Josefstadt unterstützen Sie mit Mitteln aus Ihrer Funktion als Raiffeisen Aufsichtsrätin JosefstdäterInnen, denen Sie sich kommendes Jahr zur Wahl stellen. Halten Sie das für vereinbar?

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.